

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sagt: NOlympia !

**Die GEW Bayern fordert:
Vorrang für Bildung und Erziehung statt Milliarden für IOC und Konzerne**

Die GEW Bayern betont ihre Forderung „Vorrang für Bildung !“ gerade auch angesichts der bevorstehenden Bürgerentscheide über die Bewerbung für die olympischen Winterspiele des Jahres 2022 in München, Garmisch-Partenkirchen und in den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land.

Für Infrastrukturbauten und Durchführung der „Winterspiele“ sind derzeit rund 3,3 Milliarden Euro veranschlagt. Bislang sind die tatsächlichen Kosten derartiger Großprojekte noch immer explodiert, meist vor allem zugunsten der Bauindustrie. Die Stadt München und im Hintergrund der Freistaat und der Bund müssten Finanzrisiken in Milliardenhöhe übernehmen, wohl je zu einem Drittel.

Sowohl der Freistaat Bayern als auch die Stadt München und andere Kommunen geben bis heute deutlich zu wenig für öffentliche Bildung aus. Gute Bildung kostet mehr Geld. Land und Stadt haben hier erst einmal alle ihre Hausaufgaben ordentlich zu erledigen. Die personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen ist unzureichend, Pädagoginnen und Pädagogen sind für die Herausforderungen ihres Berufs nicht ausreichend aus- und fortgebildet, die baulichen Mängel sind z. T. himmelschreiend: egal, ob es um heraus fallende Fenster an Münchner Schulen oder herabstürzende Decken an der Uni Erlangen geht. Ein Sportlehrer einer Münchner Schule kommentierte daher kürzlich: „Wegen Sparmaßnahmen wurde an unserer Schule die Turnhalle geschlossen. Soll ich jetzt den Kindern und Eltern sagen, dass man statt Geld für eine Turnhalle lieber 29 Millionen Euro alleine für eine unsichere Olympia-Bewerbung ausgibt?“

Dazu Gele Neubäcker, Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW in Bayern: „Allein mit dem Geld für die Bewerbung könnte man den schlimmsten Notstand an etlichen Schulen lindern. Mit den auf insgesamt weit über 3,3 Milliarden Euro zu veranschlagenden Gesamtkosten könnte man das Bildungssystem so aufstellen, dass es keine Verlierer mehr gibt.“

Wegen der drei Wochen nach Olympia geplanten Paralympischen Winterspiele schwärmt Bayerns Staatskanzleichefin Haderthauer von einem „starken Signal für ein inklusives Bayern“. Ein echtes Signal in diese Richtung sähe für die GEW Bayern freilich ganz anders aus: Erst einmal müssten die in bayerischen Schulen aktuell praktizierten integrativen Maßnahmen endlich mit ausreichenden personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden, um sie von diesem Status quo aus zu einer inklusiven Schule für alle Kinder und Jugendlichen weiter zu entwickeln.

Die Bildungsgewerkschaft betont: Wir sind kein Spiel(e)-Verderber in Sachen Zuschauer-sport oder gar Breitensport. Ganz deutlich möchten wir jedoch auf diese klare Fragestellung verweisen: Für wen und für was ist Geld da – und für wen und für was nicht?